

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Anjes Tjarks (GAL) vom 05.07.11

und Antwort des Senats

Betr.: Staatsanleihen

Presseberichten zufolge haben zwei deutsche Bundesländer, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, in griechische Staatsanleihen investiert. Während Baden-Württemberg 10 Millionen Euro für die Versorgungsrücklage seiner Beamtinnen und Beamten in griechischen Staatsanleihen angelegt hat, besitzt Nordrhein-Westfalen griechische Anleihen im Wert von 220 Millionen Euro, die ebenfalls Teil der Versorgungsrücklagen für Beamtenpensionen sind.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:

- 1. Hat die Freie und Hansestadt Hamburg in griechische, italienische, irische, portugiesische oder spanische Staatsanleihen investiert?*

Wenn ja, wann wurde wie viel Geld zu welchem Zinssatz jeweils in welchen Staatsanleihen angelegt?

- 2. Welche Gelder wurden in den genannten Staatsanleihen investiert? Wurden in Hamburg auch Versorgungsrücklagen für Beamtinnen und Beamte in die genannten Staatsanleihen investiert?*

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat in den Wertpapier-Portfolien der Sondervermögen zur Altersversorgung italienische Anleihen mit einem Nominalwert von 57,5 Millionen Euro. Der Wertpapierbestand wurde in den Jahren 2005 bis 2008 aufgebaut. Die Zinssätze der einzelnen Anleihen liegen zwischen 3,2 Prozent und 5 Prozent in Abhängigkeit von Laufzeit und Valuta.

- 3. Wie bewertet die zuständige Behörde die damit verbundenen Risiken?*

Aus Sicht der zuständigen Behörde bestehen derzeit für die gehaltenen italienischen Anleihen keine Risiken. Den Verpflichtungen aus diesen Anleihen wurde bisher pünktlich und in voller Höhe nachgekommen. Die zuständige Behörde geht deshalb gegenwärtig davon aus, dass dies auch in Zukunft so sein wird.